

**Niederschrift über die Sitzung des Ortsgemeinderats der
Ortsgemeinde Niederstadtfeld am 22.03.2024**

Sitzungsort: Gemeindehalle Niederstadtfeld
Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr **Sitzungsende:** 21.30 Uhr

Anwesend sind

Ortsbürgermeister: Günter Horten
Ortsbeigeordnete: Barbara Trosdorff, Harald Billen
Ratsmitglieder: Wolfgang Koch
Jochen Knauer
Jürgen Mayer
Michaela Mayer
Frank Mörsch
Jakob Schnichels
Weitere Teilnehmer: Thomas Scheppe, Bürgermeister VG Daun
Schriftführerin: Natalie Jakobs

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

TOP 1 Verschiedenes
TOP 2 Niederschrift der Sitzung am 26.02.2024
TOP 3 Informationen
TOP 4 Verschiedenes, Fragen, Wünsche, Anregungen

Nichtöffentliche Sitzung:

TOP 5 Bau-, Grundstücks- und Vertragsangelegenheiten
TOP 6 Informationen
TOP 7 Verschiedenes

Begrüßung und Feststellung durch den Ortsbürgermeister Günter Horten, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1 Verschiedenes

Im Nachgang zu den Haushaltsplanberatungen in der Sitzung am 24.01.2024 wurde von einem Ratsmitglied sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass der Verbandsbürgermeister

nicht selbst an der Sitzung teilgenommen habe. Von ihm habe man immer wieder Antworten auf verschiedene Fragen bekommen, die der diesmal anwesenden Leiter der Finanzabteilung nicht geben könne.

Es wurde vereinbart, dass der Ortsbürgermeister den Bürgermeister zu einer Sitzung einlädt. Diese Einladung wurde von Thomas Scheppe auch umgehend angenommen und ihm wurde wie vereinbart folgender Fragenkatalog übermittelt:

1. Wie weit ist die Digitalisierung der Verwaltung auch mit Blick auf die Rechnungsprüfungen?

Wir haben eben die Rechnungsprüfung für das Jahr 2021 hinter uns. Deren Durchführung gestaltet sich in der Praxis relativ unkomfortabel angesichts der Möglichkeiten, die die digitale Welt ansonsten bietet.

Herr Scheppe erläuterte, dass es ab 2022 ein neues Tool für die Rechnungsprüfung gibt, diese App sei auch unterjährig bereits einsehbar, so dass dies die Arbeit erleichtern kann. Er bot an, dass man die nächste Rechnungsprüfung auch vor Ort in Daun machen könne um sich das Tool genau erklären zu lassen. Eine Alternative hierzu gibt es aktuell nicht, im Vergleich zu den Vorjahren sei das neue Tool aber deutlich besser und die Digitalisierung sei hiermit auf einem guten Weg. Einige Ratsmitglieder regten an, dass es wünschenswert sei, dass der Kontenplan mit einer Suchmöglichkeit versehen wird. Recherchen im Kontenplan seien aktuell sehr mühsam, da als Bild gespeichert und nicht als PDF. Zudem sei ein offener Zugang zu dem Tool für die Zeit der Rechnungsprüfung wünschenswert um allen Beteiligten die Arbeit zu vereinfachen. Herr Scheppe notierte sich das und klärt noch ab, ob es hier eine rechtlich zugelassene Möglichkeit gibt, z. B. über die zeitliche begrenzte Einräumung von Leserechten. Zudem räumte er ein, dass in Sachen Digitalisierung noch Entwicklungspotential sei, man sich aber auf einem insgesamt guten Weg befinde. Ein Ratsmitglied merkte an, dass er auf die nach der Rechnungsprüfung an die Verwaltung weitergeleiteten Detailfragen vom 22.02.2024 noch keine Antwort erhalten habe, auf die Fragen, die er im Vorjahr an die Verwaltung gerichtet habe, sei auch leider keine Antwort gekommen. Herr Scheppe notierte sich dies und fragt im Nachgang zur Sitzung in der Verwaltung nach.

2. Wie sieht es aus mit der Digitalisierung der Ratsarbeit in den Ortsgemeinderäten?

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates am 19.08.2019 wurde uns von Manfred Hein gesagt, dass an einer Digitalisierung der Ratsarbeit auch für die Ortsgemeinderäte gearbeitet würde. Eine spürbare Veränderung hat es in fünf Jahren aber nicht gegeben.

Wie ist der aktuelle Stand? Was ist geplant?

Herr Scheppe berichtete, dass der VG-Rat inzwischen auf Tablets umgestellt sei und ein zentrales Sitzungsmanagement auch für die Gemeinderäte wünschenswert sei. Aktuell gebe es einen digitalen `Raum`, den auch die Gemeinderäte über den Server der VG nutzen könnten, bei Bedarf kann man sich gerne weiter hierzu beraten lassen. Man war sich einig, dass die inzwischen veralteten Hauptsatzungen, die noch die Papierform für viele Aktionen vorschreibt, einmal zentral überarbeitet werden sollten. Dass heutzutage z. B. die Einladungen für die Ratssitzungen papierhaft erfolgen müssen, ist lange veraltet und weit weg von Digitalisierung. Hier wünscht sich der Rat eine Überarbeitung der Hauptsatzung.

3. Warum arbeiten wir im Baumkataster nicht komplett papierlos?

Nach der Überprüfung durch das Forstunternehmen Herter sind die durchzuführenden Maßnahmen im Baumkataster einsehbar. Danach entscheidet die Ortsgemeinde, welche Maßnahmen in Eigenregie durch Gemeinde- oder Forstarbeiter umgesetzt werden. Der Rest verbleibt für das Forstunternehmen Herter, das diese Maßnahmen umzusetzen hat. Durch einfaches Anklicken der Maßnahmen im Baumkataster wäre diese Trennung problemlos möglich. Statt dessen muss zusätzlich ein Formular ausgefüllt werden, das an die Verwaltung geschickt wird.

Laut Herrn Scheppe hat dies damit zu tun, dass die VG nur Leserechte bei den Daten habe, da die Datensätze rechtlich der VG gehören. Der Ortsbürgermeister merkte an, dass es in der vorherigen Prüfungsperiode aber technisch möglich war im Baumkataster einzelne Maßnahmen als erledigt zu markieren. Herr Scheppe notierte sich das und wird dies im Nachgang zur Sitzung klären.

4. Gibt es schon Überlegungen, wie die kommunale Wärmeplanung umzusetzen ist? Welche Konsequenzen könnte das für die Ortsgemeinden haben?

Herr Scheppe erläuterte, dass der Förderantrag bereits am 8.11.2023 gestellt worden ist und die bereits avisierte Bewilligung in der kommenden Woche erwartet wird. Erst dann können Ausschreibungen und Bestandsanalysen geplant und durchgeführt werden. Ob es vielleicht Erleichterungen für kleinere Gemeinden gibt und welche Größenordnung hierfür zugrunde gelegt wird, steht noch nicht fest. Es gäbe diverse Überlegungen aber noch keine konkret belastbare Aussagen.

Fristende für die Umsetzung ist der 30.06.2028. Welche Maßnahmen konkret für die VG und uns als Ortsgemeinde möglich seien, sei noch nicht absehbar. Ein Ratsmitglied sprach das Thema Energiegewinnung durch anfallende Wärmeenergie der Fa. Warmpresswerk an, aber auch hier gäbe es gewisse Risiken, die es zu bedenken gibt. Es spielen so viele Faktoren hier eine Rolle und eine abschließende Aussage könne zu dem aktuellen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

**5. Kurzer Überblick über den aktuellen Stand der AöR
*Bei der Mitgliederversammlung am 21.02.2024 wurde die Ortsgemeinde durch den Beigeordneten Harald Billen vertreten, der in der letzten Ratssitzung krankheitsbedingt aber nicht seinen vorgesehenen Bericht geben konnte. Er wäre schön, ein paar Informationen über den aktuellen Stand von jemandem zu hören, der viel tiefer in der Materie drin ist als alle anderen Anwesenden.***

Herr Scheppe berichtete, dass in der Maisitzung des Verbandsgemeinderates hoffentlich die in Frage kommenden Flächen bekannt seien. Dann gebe es Kriterien für die Schaffung von Ausgleichsflächen, die beachtet werden müssen und auch die Naturschutzauflagen seien nicht zu unterschätzen wenn PV-Anlagen errichtet werden sollen.

Was die AöR angeht, seien die vertretenden Organe bereits gewählt worden und erste Gespräche mit Firmen laufen bereits. Es gebe viele Finanzierungsmöglichkeiten und Varianten die noch zu prüfen sind. Eine Anwaltskanzlei, die das Projekt begleitet, sei bereits gefunden. Evtl. werden sog. privilegierte Flächen, d. h. Flächen wo keine Flächennutzungsplanänderungen nötig sind, vorgezogen (z. B. entlang Autobahnen), aber nach wie vor sei der Knackpunkt, die Flächen überhaupt zu finden. Man erhofft sich ein ca. 150 ha großes Flächenpotential im Gesamten, so Scheppe.

**6. Gibt es konkrete Pläne alternativ zur „Tourismusabgabe“ eine sogenannte Übernachtungsabgabe einzuführen?
*Wir hatten in Niederstadtfeld mit dem Gedanken gespielt uns über eine entsprechende Satzung ein wenig von dem zurück zu holen, was wir in den Tourismus investieren – ohne von diesem zu profitieren. Diesen Gedanken haben wir nach Rücksprache mit der Verwaltung verworfen und hoffen auf die zukünftige flächendeckende Möglichkeit der Einführung einer Übernachtungsabgabe.***

Herr Scheppe sagte, dass es diese Überlegung bereits gab. Ein Gästebeitrag auf VG-Ebene sei problematisch, da die Stadt Daun dann doppelt in der Pflicht wäre. Herr Scheppe sei aber positiv gestimmt das Thema in der kommenden Legislaturperiode umsetzen zu können. Es gab bereits Überlegungen zur Gestaltung eines Gästebeitrages, die ab Herbst nochmals

konkretisiert werden könnten.

7. Wie sieht die Handhabung der KIPKI-Förderung in der Verbandsgemeinde Daun aus?

Im Haushaltsplan des Kindergarten-Zweckverbands sind Mittel aus der KIPKI-Förderung enthalten. Wie sind die restlichen Mittel verplant, die in die Verbandsgemeinde Daun fließen?

1/3 der Fördermittel erhält der Landkreis und 2/3 erhält die VG zur weiteren Verteilung, so Herr Scheppe. Man habe sich dazu entschieden die Fördermittel in die Kindergärten zu geben um z.B. die Umrüstung auf LED-Beleuchtung zu finanzieren. Des Weiteren werden Fördermittel in Schulen und für Sporthallen verwendet werden. Die Errichtung einer E-Ladesäule ist auch geplant.

8. Gibt es Überlegungen Ladesäulen für E-Fahrzeuge flächendeckend in den Orten der Verbandsgemeinde Daun zu installieren?

Vielleicht gibt zu dieser Frage der Tagesordnungspunkt 5 der nächsten Verbandsgemeinderatssitzung am 15.03.2024 bereits Aufschluss. Unter der Überschrift „Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“ geht es in einem der Anträge um die Installation von je einer Schnellladesäule pro Ort für Elektrofahrzeuge bis zum Jahr 2030. Allerdings wäre hier Niederstadtfeld außen vor, da der Antrag sich nur auf Orte ab 500 Einwohner bezieht.

Herr Scheppe erklärte, dass es Stand heute keine Projekte oder Fördermaßnahmen seitens der VG hierzu gibt. Aber er berichtete von einer neuen Plattform `FlächenTOOL`, hier könne die Ortsgemeinde in Frage kommende Flächen melden.

Die Plattform „FlächenTool“ unterstützt den Aufbau von Ladeinfrastruktur in Deutschland durch die Identifizierung geeigneter Liegenschaften und wird im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr bereitgestellt.

U. a. Kommunen haben die Möglichkeit, ihre Liegenschaften, die für den Aufbau für Ladeinfrastruktur geeignet sind, anzubieten.

Parteien, die in Ladeinfrastruktur investieren möchten, finden hier die passende Fläche. Wer Standorte für den Aufbau sucht, erhält so einen Überblick über potentiell geeignete Flächen und deren Eigenschaften.

Liegenschaftssuchende Parteien haben dann die Möglichkeit direkten Kontakt zu den Anbietern aufzunehmen.

Die Stadt Daun hat bereits Flächen über FlächenTOOL angeboten. Verschiedene Anbieter haben daraufhin Kontakt aufgenommen und ihr Interesse bekundet. Inzwischen sind Verhandlungen mit einem Betreiber abgeschlossen und an einem Standort in der Bahnhofstraße wird demnächst eine Ladesäule installiert und verpachtet.

Ortsbürgermeister Horten bat die Ratsmitglieder sich hierzu Gedanken zu machen, ob evtl. Flächen in der Ortslage hierfür in Frage kämen. Potenzielle Flächen könnten dann gemeldet werden.

9. Gibt es weitere Informationen zur Entwicklung der ehemaligen GHS?

In der Sitzung am 30.11.2023 wurde der Ortsgemeinderat durch den Ortsbürgermeister über den aktuellen Stand informiert. Am 01.12. fand zwar ein Treffen in der Verwaltung mit Herrn Förster statt, das diese Informationen lediglich

bestätigte. Nach der Übergabe des Gebäudes waren Informationen in der Presse zu lesen.

Die Schule ist veräußert und die Pläne sind fertig, so Herr Scheppe. Er stand und steht im Kontakt mit dem Chef des neuen Besitzers, Herrn Förster. Das Projekt soll umgesetzt werden laut Aussage Herr Förster.

Herr Förster hat die Maßnahme aber aus verschiedenen gut nachvollziehbaren Gründen nach hinten verlegt. Zum einen lief bis vor wenigen Monaten in Prüm eine große Baumaßnahme und zwei Baumaßnahmen dieser Dimension zeitgleich sind schwer umsetzbar. Zum anderen hat sich inzwischen in Daun ergeben, dass das Konventhaus der Nonnen frei wurde. Das Krankenhaus Daun braucht dringend Kapazitäten, um Patienten unterzubringen, die eine Kurzzeitpflege benötigen nach Entlassung aus dem Krankenhaus, so dass man sich dazu entschieden hat, das Konventhaus hierzu umzufunktionieren. Der Bedarf und die Dringlichkeit sei hier sehr groß, so dass das Projekt der GHS Niederstadtfeld erst im Anschluss an den Konvent-Umbau begonnen werden soll. Herr Förster benannte den in etwa benötigten Umbauzeitraum für Daun mit ca. 12-14 Monaten.

Ergänzend hierzu bescheinigte Herr Scheppe der hiesigen Sporthalle einen Sanierungsbedarf. Er hofft, dass wenn die erforderliche Mehrheit im VG Rat dafür zu gewinnen ist, hier Mittel bereit stellen zu können um in Zukunft den desolaten energetischen Zustand und benötigte Sanierungsmaßnahmen finanzieren zu können. Die Halle wird von ganz vielen Vereinen genutzt und sei enorm wichtig für den Hinterbüsch, so Scheppe.

Die Instandsetzungsmaßnahmen am Sportplatz beginnen am 02.04.2024.

10. Wie ist der aktuelle Stand beim Feuerwehrhaus?

Wie ist die geplante Zeitschiene bis zur offiziellen Einweihung bzw. bis zum Umzug der Feuerwehr in ihr neues Domizil? Welche Arbeiten sollen durch die Niederstadtfelder Feuerwehr in Eigenleistung durchgeführt werden.

Die Arbeiten gehen derzeit zügig voran, kann Herr Scheppe erfreulicherweise bestätigen. Aktuell sei man noch wegen Mängeln bei der Ausführung eines Gewerkes mit der ausführenden Firma im Gespräch, er hofft aber auch hier zeitnah auf eine Mängelbeseitigung bzw. Einigung. In Eigenleistung werden durch die Freiwillige Feuerwehr Niederstadtfeld die Pflasterarbeiten und der Anstrich des Sozialraumes erledigt werden. Er erhofft sich einen Einweihungstermin im Sommer diesen Jahres.

Bald erhält die FFW ein Löschfahrzeug aus Gillenfeld als Übergangsfahrzeug bis das neu bestellte Löschfahrzeug für Niederstadtfeld eintrifft. Aufgrund des ortsansässigen Industriebetriebs, der Weggemeinschaft und den perspektivisch entstehenden Wohngruppen in der ehemaligen GHS ist rechtlich ein größeres Fahrzeug nötig.

Die hiesige FFW ist bereit, sich hier engagiert einzubringen, so berichtet Günter Horten. Diverse Schulungen und Einweisungen seien hier notwendig und unsere Feuerwehr bringt sehr viel Zeit, Engagement und Motivation ein.

11. Zentrale Unterweisungen Arbeitsschutz/ Arbeitssicherheit?

Die Ortsgemeinde als Arbeitgeber ist zu regelmäßigen Unterweisungen verpflichtet. Ist eine aus Kosten- und Zeitgründen sinnvolle gemeinsame Lösung für alle Ortsgemeinden geplant? Eine Bündelung für alle Ortsgemeinden war vor Jahren mal in Planung aber geriet aus dem Fokus.

Herr Scheppe berichtete, dass es für die Mitarbeiter der Verwaltung eine zentrale Organisation gebe, eine Planstelle hierfür wurde 2019/20 aber nicht geschaffen. Inzwischen habe man hierfür einen Anbieter verpflichtet, der diese Arbeiten übernommen hat.

Ob es für die Ortsgemeinden solch eine Möglichkeit gibt und ob hierzu was in der Planung ist klärt er im Nachgang zur Sitzung.

TOP 2 Niederschriften der Sitzung am 26.02.2024

Hier gab es keine inhaltlichen Einwände.

TOP 3 Informationen

Gigabitausbau Vulkaneifelkreis

Nachdem in der Presse nachzulesen war, dass das Land den Gigabitausbau im Landkreis Vulkaneifel mit 48,8 Millionen EUR fördert, hat der Ortsbürgermeister bei der Verwaltung nachgefragt, ob es in der Zwischenzeit belastbare Zahlen für den Ausbau der Außengehöfte auf der Gemarkung Niederstadtfeld gibt.

Nach Rückmeldung der Verwaltung gibt es noch keine genauen Zahlen was der Ausbau kosten wird. Diese werden erst im Rahmen der Ausschreibung feststehen und in einigen Monaten vorliegen. Sobald der Kostenrahmen feststeht, werden alle Ortsgemeinden informiert.

Flüchtlingssituation in Niederstadtfeld

In der letzten Sitzung wurde angezweifelt, dass in Niederstadtfeld die Anzahl der gemeldeten ukrainischen Flüchtlingen stimmt. Diese liegt nach der Einwohnerliste vom 05.02.2024 bei 27. Einige Ratsmitglieder gehen aber davon aus, dass es viel weniger sind.

Der Ortsbürgermeister hat in einer Anfrage an die Landrätin hinterfragt, ob die Anzahl der Flüchtlinge regelmäßig überprüft wird oder ob evtl. Leistungen gezahlt werden, obwohl die Person sich überhaupt nicht mehr vor Ort aufhält.

Der Ortsbürgermeister verliert die Antwort der Landrätin. Herr Scheppe wird das Thema in der kommenden Woche nochmal mit der Landrätin besprechen, weil es nicht sein kann, dass auf der einen Seite dringend Wohnraum gesucht wird und auf der anderen Seite Kapazitäten u. U. vorhanden sind und mangels Prüfung nicht gesehen werden, so Herr Scheppe.

Gemeinsame Mittagessen

Die gemeinsamen Mittagessen müssen auf Grund eines Personalwechsels bei der Weggemeinschaft voraussichtlich bis Mitte des Jahres ausfallen. Wenn alles wie geplant läuft, werden diese ab August wieder monatlich angeboten.

TOP 4 Verschiedenes, Fragen, Wünsche, Anregungen

Ohne Inhalt.